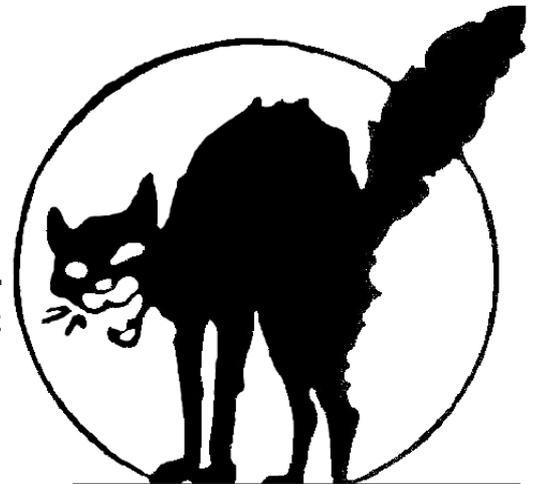


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz
www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



„Die Rosen welken“ Die Kartonfabrik Deisswil soll schliessen

Mitten im Worblental liegt ein kleines Dorf, das nur für etwas bekannt ist: Seine riesige Fabrik. Das Dorf heisst Deisswil und soll nun eben diese Fabrik verlieren. In der Kartonfabrik Deisswil wurden am 12. April, nach einer Woche Betriebsfe-

bestens zur Stimmung in den Schluchten des Fabrikareals passen. Einige scheinen erst jetzt so richtig begriffen zu haben, was passiert. Die Konzernleitung hat sich bequem, ihnen in den Betriebsferien mitzuteilen, dass der Betrieb ab Montag



Ansprache des Betriebskommissionspräsidenten an der Demo vom 17. April

rien, die Maschinen nicht wieder hochgefahren. Die Fabrik liegt ruhig da und wirkt noch grauer als sonst. Einzelne Papierfetzen werden vom Wind durch das weitläufige Areal getrieben. Kein Zeichen von menschlichem Leben ist sichtbar. Ausser vor dem „strategischen Lager“ in dem Altpapier gelagert wird. Vor der Faltblechhalle stehen Menschen mit Gesichtern, die

geschlossen sei, doch am Montag ist niemand von denen gekommen. Vereinzelt hat es rote Farbtupfer in der sonst von blauen Arbeitskleidern geprägten Menge: Einige wenige Unia-FunktionärInnen sind auch an die Betriebsversammlung gekommen. Sie stehen im Kreis und sprechen fast nur unter sich. Auch von den oberen Etagen der Unia ist niemand auf Deisswil gekommen. Die Stimmung bei den FunktionärInnen ist, ohne wirklichen Grund dazu, noch resignierter, als bei den soeben Entlassenen.

Drinnen in der Halle verteilen Mitglieder der FAU und Sympathisanten Flugblätter auf denen steht: „Wer kämpft gewinnen kann und wer nicht kämpft schon verloren hat“. Die Flugblätter werden von den meisten interessiert und wohlwollend entgegengenommen – in einigen Gruppen werden sie auch sogleich diskutiert. Bevor der Fabrikleiter mit Begräbnisstimme zu sprechen beginnt, werden alle AktivistInnen, die noch Flugblätter in der Hand hal-

(weiter auf Seite 2)

Editorial

Massenentlassungen sind Mode. Clariant, Kartonfabrik Deisswil und bald wieder WIFAG, das sind die Namen, die diese Tage durch die Medien geistern. Bemerkenswert, aber überhaupt nicht erstaunlich, ist, dass Produktionsstätten geschlossen werden, obwohl sie schwarze Zahlen schreiben. So geschehen bei Clariant in Muttenz und die Kartonfabrik Deisswil. Wieso werden diese Fabriken geschlossen? Warum werden Arbeitnehmende auf die Strasse gestellt? Das sind Fragen, die sich viele angesichts dieser Entlassungen stellen. Die Antwort ist ebenso simpel, wie erschreckend: Aus Profitgier.

Entgegen den Parolen der SozialdemokratInnen und grossen Gewerkschaften sind nicht die ManagerInnen und BankerInnen und ihre überrissenen Boni schuld an der Misere. Die Leute in Deisswil und Muttenz werden entlassen, weil die AktionärInnen, denen die Firmen gehören, mehr Profit wollen. MEHR Profit! Es liegt tief in unserem jetzigen Wirtschaftssystem, dass die EgoistInnen gewinnen. Wer skrupellos ist und überall spart, wer Leute entlässt und mit einem Riesengewinn nicht zufrieden ist, gewinnt und zwar nur der-/diejenige.

Ob dieser „Klassenkampf von oben“ ebenso ungebremst weitergehen kann wie in der letzten Zeit, hängt stark von den Antworten der ArbeiterInnen ab: Lassen sie sich mit betroffenen Gesichtern und Sozialplänen abspesen oder wollen sie mehr? Wedeln sie eine Stunde lang mit Gewerkschaftsfahnen oder wollen sie kämpfen? Wir werden sehen. Aber eins ist sicher: Kämpfende ArbeiterInnen können sich unserer Unterstützung sicher sein!

Einen kämpferischen Frühsommer wünschen euch:

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Ist Arbeitslosigkeit eine Tragödie?...2
- CNT: 100 Jahre kämpferisch...3
- Der Fall Griechenland(s).....4
- Soziale Selbstbefreiung der Ausgebeuteten - Teil 2.....6
- He, hallo Stift!.....8
- Billig und belastbar.....9
- Wieso Betriebsbesetzung?.....10
- Kultur.....11
- Rechtliches.....12

„Die Rosen welken“ (von Seite 1)

ten, vor die Halle gestellt. Draussen stehen schon die bereits hinaus geschickten JournalistInnen und die nie hereingekommenen FunktionärInnen.

Der Fabrikleiter gestaltet die Betriebsversammlung wie eine Abdankung, dankt allen bringt hanebüchene Schliessungsgründe vor und erzählt, dass die Fabrikleitung die ArbeiterInnen nicht im Stich lassen wird und dass es ein Infoblatt und ein Job-Center gäbe. Doch die Hälfte der Leute sind über 50 und haben ihr ganzes Leben hier gearbeitet – wie wollen sie eine andere Stelle finden? Und vor allem wo? Die Väter und Grossväter von manchen ArbeiterInnen haben schon in Deisswil gearbeitet. Und vor allem: Die Fabrik rentiert!

Der Konzern Mayr-Melnhof, dem die Fabrik in Deisswil gehört, hat letztes Jahr

einen Gewinn von 230 Millionen Franken erarbeitet. Um die 20 Millionen Franken würden die Investitionen in die Fabrik in Deisswil kosten. 20 Millionen Franken für 253 würdige Leben. Aber die Konzernleitung hat anderes im Sinn: Eine Eigenkapitalrendite von über 30% wollen sie erreichen, 25% haben sie. Es geht also nicht einmal darum, dass die Fabrik nicht rentieren würde oder dass kein Geld für die Investitionen da wäre, sondern um eine Rechnerei, die kurzfristig einen höheren Gewinn erzielen würde, nur damit die AktionärInnen einen noch höheren Profit bekommen.

Nach der Versammlung regen sich einige wenige auf: Diese Konzernleitung denke doch nur ans Geld und nicht an die Menschen! Und der ganze Kapitalismus gehöre doch abgeschafft!

Doch die meisten stehen resigniert da. Ver-

loren halten sie die Rosen in ihren Händen, die ein Arbeiter organisiert hat – als Symbol für das in den Betrieb gesteckte „Herzblut“. Ein Arbeiter meint: „Rosen geben sie uns! Die verwelken, wie die Fabrik!“ Die ebenfalls kostenlos verteilten Sandwichs gehen nur harzig weg. Die FunktionärInnen stehen mit den immer noch gleich resignierten Gesichtern in ihrem Kreis und sprechen miteinander.

Nach einer Viertelstunde zerstreuen sich die Leute langsam. Einige gehen in den Pausenraum, wo wenigstens erste Ideen für den Widerstand geboren werden: Eine Menschenkette rings um das Fabrikgebäude schlägt einer vor, mit Cars auf Wien und vor dem Konzernhauptsitz demonstrieren meint ein anderer. Wir werden sehen, was sie sich einfallen lassen. Vielleicht können sie durch überzeugten Widerstand die Fabrik wiederbeleben.

Ist Arbeitslosigkeit eine Tragödie?

Das jüngste Sorgenbarometer zeigt ein klares Bild: Die Arbeitslosigkeit bereitet der Schweizer Stimmbevölkerung am meisten Sorgen (66% der Befragten zeigten sich diesbezüglich besorgt), gefolgt vom Gesundheitswesen (36%) und der Altersvorsorge (36%). Alle drei Sorgen deuten auf eine soziale Unsicherheit hin. Auch nach der kürzlichen, leichten Abnahme der Arbeitslosigkeit dürfte sich daran nicht grundsätzlich etwas geändert haben. Die Menschen haben Angst, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Entweder durch fehlende Arbeit und somit fehlendes Einkommen, unvorhersehbare geistige oder körperliche Beschwerden oder aber wegen mangelhafter Altersvorsorge.

Doch wieso gibt es Arbeitslosigkeit? Und warum stellt sie ein Problem dar? In der Öffentlichkeit geistern verschiedenste Erklärungen für die Arbeitslosigkeit umher. Für die einen tragen habgierige ManagerInnen und BankerInnen, für andere die EinwandererInnen oder aber die faulen SchmarotzerInnen die Schuld an der Arbeitslosigkeit. Doch all diese sind bloss fadenscheinige Ursachen. Die Arbeitslosigkeit ist Teil unseres Systems und durchaus gewollt.

Der Mensch braucht Güter und Dienstleistungen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Diese werden durch Arbeit produziert oder erbracht. Mit dem technischen Fortschritt werden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Es wird weniger menschliche Arbeit für denselben oder gar höheren Ertrag benötigt. Eigentlich eine gute Entwicklung: Um dieselben

Bedürfnisse befriedigt zu bekommen muss weniger Arbeit erbracht werden. Und in der Tat: Seit Beginn der Industrialisierung vor über 200 Jahren hat sich die Produktivität menschlicher Arbeit mehr als vertausendfacht. Trotzdem wird heute immer noch über 8 Stunden täglich gearbeitet – Tendenz steigend. Das Problem: Nicht die Bedürfnisse der Menschen entscheiden über die Vertei-

lichst wenige ArbeiterInnen anstellen wollen, um ihren Profit zu steigern. So kommt es, dass ein Grossteil der Menschen (die Lohnabhängigen) bei einer Minderheit (den UnternehmerInnen) um Arbeit fleht.

Die UnternehmerInnen geben sich gerne sozial: Schliesslich sind es sie, welche den Angestellten den Lohn auszahlen



Ein Arbeitsloser während der grossen Wirtschaftskrise in den 30er Jahren

lung der Güter, sondern einzig Angebot und Nachfrage. Und ein Mensch gehört nur zur Nachfrageseite solange er Geld zur Verfügung hat. Um an dieses Geld zu kommen, müssen die meisten Menschen arbeiten gehen. Demgegenüber stehen die Arbeitgeber, welche mög-

und so deren Überleben sichern. Deshalb werden auch nicht sie als Sündenböcke dargestellt, ausser es handelt sich gerade um habgierige ManagerInnen oder BankerInnen. Als Erklärung wer-

(weiter auf Seite 3)

CNT: 100 Jahre kämpferisch

Die spanische anarcho-syndikalistische Gewerkschaft „Confederación Nacional del Trabajo“ (CNT) wird dieses Jahr 100 Jahre alt. Die 1910 in Barcelona gegründete CNT wurde wegen ihrem radikalen Konzept, das die direkte Aktion und Solidarität in den Mittelpunkt stellt, von Unternehmern und Staat besonders stark bekämpft: So wurde die CNT von 1911-1914 und 1923 – 1930 verboten und die Unternehmer bildeten in den 20er Jahren auch sogenannte Pistolero-Gruppen, um mit Attentaten gegen Gewerkschaftsmitglieder und ArbeiterInnen vorzugehen. Mit der Gründung der zweiten Republik im Jahre 1930 und der damit verbundenen Legalisierung der CNT begann eine Zeit zahlreicher Streiks und Aufstände. So konnte die CNT ihre Mitgliederzahl massiv, auf mehr als 1,5 Millionen, erhöhen.

Als das spanische Militär unter der Führung des faschistischen Generals Franco im Juli 1936 einen Putsch durchführte, war es den ArbeiterInnen und hunderten tausenden CNT-Mitgliedern zu verdanken, dass die Machtergreifung des Militärs in weiten Teilen des Landes scheiterte: Sie bauten Barrikaden, blockierten Kasernen und entwaffneten die Armee. Es folgte ein Bürgerkrieg: Truppen, welche der zweiten Republik treu blieben, kämpften zusammen mit

den ArbeiterInnenmilizen gegen Franco, der von Nazideutschland und vom faschistischen Italien unterstützt wurde. Aus ganz Europa reisten aber auch linke ArbeiterInnen und Intellektuelle nach Spanien, um in den anarchistischen ArbeiterInnenmilizen oder den kommunistischen „internationalen Brigaden“ mitzukämpfen – darunter auch 780 SchweizerInnen. In den von ihr domi-

nierten Bereichen führte die CNT eine soziale Revolution durch, an der sich insgesamt rund drei Millionen Menschen beteiligten: Betriebe – Industrie und Landwirtschaft – wurden enteignet und unter basisdemokratische Selbstverwaltung gestellt, teilweise sogar das Geld abgeschafft.

Von den republikanischen Kräften zu einer „antifaschistischen Einheit“ gedrängt, beteiligte sich die CNT im Laufe

gewählt werden. Die CNT begann Kompromisse einzugehen und vertrat mit der Zeit ebenfalls staatsinterventionistische Positionen. Doch auch diese Tendenzen, welche durch den Krieg auf der einen und den zunehmenden Sowjeteinfluss auf der anderen Seite verstärkt wurden, sollen nicht über die Bedeutung dieser sozialen Revolution hinweg täuschen.

Mit der Kriegsniederlage im Jahre 1939 wurden tausende AnarchistInnen und

CNT-Mitglieder massakriert und es setzte eine Massenflucht nach Frankreich ein, wo die meisten in Lager interniert wurden – dann folgte der 2. Weltkrieg. Da das mörderische Franco-Regime sich stabilisierte, richtete sich die CNT im französischen Exil ein. Bis in die 70er Jahre hinein waren ihre Syndikate, Kulturvereine und Zentren die Kerne, in denen der Widerstand und die Guerilla gegen die Diktatur organisiert und unterstützt wurden. Als das Regime mit dem Tod Francos 1975 ein Ende nahm, wurde die CNT wieder legalisiert. Da sich die meisten linken oder alternativen Strömungen mit ihr identifizierten, hatte sie auf einen Schlag wieder 300'000 Mitglieder. Es folgte eine Zeit intensiver Richtungskämpfe, aus denen mehrere Abspaltungen hervorgingen – als grösste davon die CGT, die heute 60'000 Mitglieder zählt.

Heute führt die CNT wieder zahlreiche erbitterte Kämpfe und spürt vielerorts Aufwind: In Sevilla hatte sie vor 5 Jahren erst 15 Mitglieder – heute sind es über 400. Zum 100-jährigen Jubiläum werden in vielen Städten umfangreiche Veranstaltungen und Feiern stattfinden.

Compañeros! Ahora más que nunca, Anarcosindicalismo!



Plakat zum CNT-Jubiläum

des Bürgerkrieges vermehrt am politischen System und trat regionalen, aber auch der Zentralregierung bei. Durch die Beteiligung am parlamentarischen System passten sich auch die Strukturen der CNT dem hierarchischen System an. So waren die „FührerInnen“ der CNT den restlichen Gewerkschaftsmitgliedern keine direkte Rechenschaft mehr schuldig und konnten nicht mehr jederzeit ab-

Arbeitslosigkeit (von Seite 2)

den lieber ausländische ArbeiterInnen herangezogen, welche den einheimischen die Arbeit streitig machen. Doch sind auch hier nicht die AusländerInnen am Problem Schuld. Sie suchen aus dem genau gleichen Grund nach Arbeit wie die SchweizerInnen. Nur sind dafür sogar bereit ihr Land zu verlassen.

Um Geld zu verdienen, verlangt der lohnabhängige Teil der Bevölkerung, dass Arbeitsstellen geschaffen werden sollen, auch wenn diese gar keine brauchbaren Güter oder Dienstleistungen produziert. Die Menschen bangen um ihre Arbeit, wollen sogar mehr Arbeit, obwohl sie diese grösstenteils un-

gern ausführen. Ist das nicht paradox? Wäre es nicht sinnvoller weniger Arbeit anzustreben, dafür aber eine gerechtere Verteilung der erzeugten Güter und Dienstleistungen? Anstatt sich auf dem Arbeitsmarkt gegenseitig auszuspüren, gemeinsam von der neu gewonnenen Freizeit zu profitieren?

Arbeit und Arbeitslosigkeit sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Nehmen wir die Zukunft in unsere Hand und beenden wir die Lohnsklaverei!

„Wenn die Arbeiterklasse sich das Laster, welches sie beherrscht und ihre Natur herabwürdigt, gründlich aus dem Kopf schlagen und sich in ihrer furcht-

baren Kraft erheben wird, nicht um die »Menschenrechte« zu verlangen, die nur die Rechte der kapitalistischen Ausbeutung sind, nicht um das »Recht auf Arbeit« zu fordern, das nur das Recht auf Elend ist, sondern um ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten, dann wird die alte Erde, zitternd vor Wonne, in ihrem Inneren eine neue Welt sich regen fühlen -- aber wie soll man von einem durch die kapitalistische Moral verdorbenen Proletariat einen männlichen [oder weiblichen] Entschluß verlangen!“

(Paul Lafargue, „Das Recht auf Faulheit“ 1883)

Der Fall Griechenland(s)

Begonnen hat der Fall des Staates Griechenland durch das Herabsetzen der Kreditwürdigkeit durch die mächtigen Ratingagenturen. Dies hatte zur Folge, dass Griechenland mehr Geld, d.h. höhere Zinsen, für die Aufnahme von neuen Krediten zahlt, die das hoch verschuldete Land braucht, um die alltäglichen Zahlungen von Löhnen, Renten und am wichtigsten, dass Zurückzahlen von Schulden an Banken, zu ermöglichen.

Dadurch ist Griechenland gezwungen seine Ausgaben drastisch zu kürzen, will es nicht in den Bankrott stürzen. Dieser theoretische Bankrott birgt interessanterweise riesige Gefahren für das kapitalistische Finanzsystem. Seit dem Beinahe GAU durch den Bankrott von Lehmann Brothers, konnte der Kapitalismus nur durch die Abwälzung der Verluste auf die Lohnabhängigen gerettet werden. Die Milliarden welche den Banken geschenkt wurden und die Konjunkturpakete, die die Wirtschaft vor dem totalen Absturz retteten, haben riesige Löcher in die schon hoch verschuldeten Staatsfinanzen gerissen.

Depression

Würden wir uns in einer „normalen“, wirtschaftlich guten Zeit befinden, könnten Staaten mit eigener Währung, durch eine hohe Inflation das Geld entwerten und die Schulden wie einen Schneeberg wegschmelzen zu lassen.

Da sich die Weltwirtschaft aber in einer riesigen Depression befindet, mit einer Vielzahl von Blasen, deren Platzen nur ein Frage der Zeit ist, stehen die Staaten vor gewaltigen Herausforderungen, allen voran die sogenannten „PIGS“ (Portugal, Italien, Griechenland Spanien; oder PIIGS, wenn Irland mit einbezogen wird).

Letztere sollen alle riesige Haushaltskürzungen vornehmen, wollen sie nicht zahlungsunfähig werden und eine Kettenreaktion auslösen, welche eine Vielzahl von Banken mit in den Bankrott ziehen würde.

Da Schweizer Banken nach Frankreich zweitgrößte Gläubiger Griechenlands sind, hätte ein Bankrott auch Folgen für die UBS und CS.

Wir zahlen für eure Krise

Die Kürzungen, die die Herrschenden durchzuführen haben, sind nicht irgendwelche Zahlenspielerien auf Statistiken. Es sind Kürzungen, die Millionen von LohnarbeiterInnen betreffen. Diese sollen nun noch stärker ausgebeutet werden. Sie sollen länger arbeiten für weniger Geld, damit sich dieses ungerechte System am Leben erhalten kann. Dass dabei Familien bis an den Rand ihrer Existenz ge-

drängt werden, ist den Herrschenden egal. Bei Unruhen stehen ihnen ja genügend Repressionsorgane zur Verfügung.

Was den meisten europäischen Ländern noch bevorsteht, versuchen die griechischen Machthaber zurzeit durchzusetzen. Sie haben die Aufgabe ein gewaltiges Kürzungsprogramm gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzubringen. Solch ein Programm will gut vorbereitet sein. Denn an einer Bevölkerung mit einer traditionell starken linken und auch anarchistischen Bewegung, müssen die Massnahmen erst einmal vorbeikommen.

Der „faule Grieche“

So gab es eine europaweite Medienkampagne, in welcher die GriechInnen als faul und eigennützig dargestellt wurden. Sie seien selber schuld, dass der griechische Staat derart korrupt sei und sie zu wenig Arbeiten und zu viel Geld vom Staat bekämen.

Zum Beispiel versuchte die deutsche Bild Zeitung, dessen Kommentar auch vom Blick kopiert wurde, die europäischen ArbeiterInnen zu spalten, indem sie das Argument brachte, dass doch die restlichen europäischen ArbeitnehmerInnen auch bis 67 arbeiten würden und sich die GriechInnen ein Vorbild an den fleissigen, hart arbeitenden Leuten im restlichen

GriechInnen nicht bewusst, was auf sie zukommen würde. Umso mehr schlugen die Massnahmen, als sie endlich bekannt wurden, wie eine Bombe ein.

Sogar die Boulevardblätter Griechenlands sprachen von einem schwarzen Tag in der Geschichte Griechenlands.

Die Mehrwert-, die Alkohol-, Tabak- und Benzinsteuern wurden erhöht, während gleichzeitig einem Viertel der arbeitenden Bevölkerung der Lohn um ca. 15% gekürzt wurde. Die gleichzeitig erhobene Steuer auf Luxusprodukte wirkt, neben dem Einfrieren aller Renten wie Schönfärberei.

Verständlich dass die Volksseele an den folgenden Tagen am kochen war. Quer durch die Bevölkerung entwickelte sich Protest, der als Ganzes den Staat ernsthaft gefährdete.

Proteste laufen an

Als erstes gingen die RentnerInnen auf die Strassen. Mit der Situation von eingefrorenen Renten konfrontiert, waren sie nicht bereit sich von der Polizei einschüchtern zu lassen. Weiter es seit Februar immer wieder Generalstreiks, auf welchen die Bevölkerung ihren Unmut freien Lauf lassen konnte. Obwohl die Proteste von der bürgerlichen Presse immer schlecht- und kleingeredet wurden, wa-



Barrikade vor einem von entlassenen Olympic Airways Angestellten besetzten Gebäude

Europa nehmen sollten.

Nur weil sich im Rest Europas die ArbeiterInnen bislang nicht in Massen gegen die Erhöhung ihrer Arbeitszeit gewehrt haben, sollen die GriechInnen, die sich bis jetzt erfolgreich gewehrt haben, einfach einknicken?

Die Bombe von oben

Wahrscheinlich war sich die Mehrheit der

ren sie doch von einer beachtlichen Grösse. Diese „geordneten“ Kundgebungen sollten aber nur ein Vorgeschmack sein.

Schlag auf Schlag

Am 4. März, einen Tag nach der Schreckensmeldung, besetzten AktivistInnen der Gewerkschaft PAME (von der autoritär-kommunistischen Partei KKE) das Finanz-

ministerium und brachten ein riesiges Transparent an, um die Bevölkerung zum Aufstand zu bewegen.

Am folgenden Tag wurde das Land von einer spontanen Streikwelle erfasst. Am Nachmittag legten die Angestellten der Privatwirtschaft und des öffentlichen Sektors die Arbeit nieder. Gleichzeitig mobilisierten die unzähligen Basisgewerkschaften und die PAME

dies mit Parolen, dass er dort hin soll wo er hingehört: zu den korrupten PolitikerInnen. Sogar in den bürgerlichen Medien hiess es danach, dass er angegriffen wurde, weil er die Sache der ArbeiterInnenbewegung verraten habe.

Aus diesem Tumult heraus wollten einige AktivistInnen ein riesiges Transparent vor dem Parlament aufhängen. Dabei wurden sie

fest und befristeten ihn zudem auf 24 Stunden. Durch diese fünftägige Auszeit sollte die Protestdynamik gebrochen und der Regierung etwas Zeit gegeben werden.

Es wurde zwar massenhaft mobilisiert und der Generalstreik wurde mit 2.5 Millionen Teilnehmenden zu einer kraftvollen Machtdemonstration der ArbeiterInnenklasse. Dennoch ging das Kalkül der Herrschenden auf. Der Generalstreik konnte nicht an der frühen Dynamik anknüpfen.

Die Schwäche, kaum eine syndikalistische Verankerung in der Bevölkerung zu haben, kommt in solchen Momenten besonders zu tragen. Hätte die anarchistische Bewegung die Möglichkeit gehabt, selbst zu einem unbefristeten Generalstreik aufzurufen, natürlich ohne 5 Tage zu warten, dann hätte wahrscheinlich alles ganz anders ausgesehen.

Der Vormarsch des Anarchosyndikalismus

Dennoch lässt sich den letzten Monaten ein positiver Trend ausmachen. Der Anarchosyndikalismus macht immer mehr die Runde. Schon während der Bauernproteste im Winter, als die Bauern die Hauptverkehrsachsen Griechenlands blockiert und sich in Blockaderäten organisiert hatten, sah sich die Agrarministerin genötigt zu sagen, dass gewisse Formen von Anarchosyndikalismus Chaos und Unordnung verbreiten würden.

Auch erfreulich ist, dass die HafentarbeiterInnen von Piräus sich von der Bevormundung der bürokratischen PAME gelöst haben und sich nun auf Betriebsversammlungen unabhängig organisieren.

Braucht nur noch einen Funken?

Momentan ist es der grösste Trumpf der Herrschenden, dass sie die etablierten Gewerkschaften kontrollieren. Solange radikale Forderungen und Initiativen der ArbeiterInnen von den zentralistisch geprägten Gewerkschaften zerstört werden, brauchen die Reichen keine Angst um ihre Vormachtstellung zu haben.

Jedoch geben die anwachsenden anarchosyndikalistischen Initiativen Hoffnung, dass das Pulverfass, auf welchem der griechische Staat und allgemein die kapitalistische Weltwirtschaft baut, doch noch explodiert.



Demo während des Generalstreiks am 24. Februar 2010

für einen 24h-Streik. LehrerInnen, JournalistInnen, ÄrztInnen und die ArbeiterInnen der Öffentlichen Verkehrsmittel schlossen sich diesem an.

Zudem begannen weitere frustrierte Angestellte von Krankenhäusern, TextilarbeiterInnen und entlassene Angestellte der staatlichen Fluggesellschaft Olympic Airways Regierungsgebäude und Banken zu besetzen, um gegen die Regierung Druck aufzubauen. Für den Nachmittag war eine Demonstration vor dem Parlament geplant. Diese wurde von den reformistischen Gewerkschaften GSEE-ADEDY organisiert. Am meisten mobilisierten aber ausserparlamentarische, kommunistische, trotzkistische und anarchistische Kräfte und bildeten mit 10'000 Personen den grössten Block der Kundgebung.

Die Sache ArbeiterInnenbewegung verraten

Der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes kam mit seiner Rede nicht weit. Ein erster Demonstrant bewarf ihn mit Wasser, ein zweiter mit Joghurt und schon fand sich ein dritter, der ihn mit einem Faustschlag traktierte!

Nun eskalierte die Situation in eine Massenschlägerei, bei welcher der Gewerkschaftspräsident von seinen Bodyguards hinter die Polizeiliniien Richtung Parlament gebracht wurde. Die DemonstrantInnen quitierten

von den Aufstandsbekämpfungseinheiten zurückgedrängt. Das dabei benutzte Tränengas erwischte den 88-jährigen Manolis Glezos so stark, dass er direkt ins Krankenhaus gebracht werden musste. Manolis Glezos ist für viele GriechInnen ein Held, weil er während der deutschen Besatzung die Hakenkreuzflagge von der Akropolis runtergeholt hatte.

Manolis Glezos der „Märtyrer“

Als dies unter den DemonstrantInnen die Runde machte, gab es für die Wut gegenüber der Regierung kein Halten mehr.

Ganz aufgebracht wurde versucht, das Parlament zu stürmen, was aber durch einen Nebel von Tränengas verhindert werden konnte.

Die Demonstration zog nun durch die Strassen Athens, verschönerte Bankfassaden und versuchte immer wieder Regierungsgebäude zu stürmen. Die Polizei konnte diese nur unter hohen Verlusten an Material, wie zerbrochenen Schildern, zerstörten Motorrädern und entwedeten Schlagstöcken, halten.

Genau am Punkt, an dem die Dynamik auf der Seite der Protestierenden war, versuchten die von den regierenden PASOK kontrollierten Gewerkschaften, die Proteste zu unterlaufen.

Die Proteste aussitzen

Die reformistischen Gewerkschaften setzten den nächsten Generalstreik auf den 11. März

**Gibt es ein
Leben neben
der Arbeit?**

www.chefduzen.ch

Soziale Selbstbefreiung der Ausgebeuteten

Einige Anmerkungen der Gruppe Eiszeit zu autoritärer Krisenlösung und Klassenkampf - Teil 2

Der erste Teil des Artikels der Gruppe Eiszeit handelte vor allem von der kapitalistischen Krise und autoritären Lösungsversuchen (siehe schwarze chatz #5). Im jetzigen Teil geht es um den Klassenkampf als Konzept und um ein praktisches Beispiel.

Klassenkampf als Versicherung gegen autoritäre Krisenlösungen

Der Kapitalismus als Klassenverhältnis besitzt in allen historischen Phasen und Entwicklungsstufen, sowohl in Krisenzeiten als auch in Zeiten des Aufschwungs, ob in faschistischer und demokratischer Form, einen autoritären Charakter. Die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zum Zwecke der Kapitalverwertung ist ein autoritäres gesellschaftliches Verhältnis, das sich in Krisenzeiten zwar verschärft, aber nicht erst dann entsteht. Die Ausdehnung des relativen- und absoluten Mehrwerts und ganz im Allgemeinen die Verschärfung der Ausbeutung wird heute zum Beispiel auf ähnliche Weise unter dem Schutz demokratischer Legitimation durchgesetzt wie dies nach der Krise 1929 auf faschistische Weise durchgesetzt wurde. Ungemütlich wird nun die Situation für das Kapital, wenn sich die Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse kollektiv weigert, die Kosten für die Krise auf sich abwälzen zu lassen. Dann verschärft sich die Krise weiter, weil die Kosten jetzt auf das Kapital zurückfallen und der Kapitalismus an seine Grenzen stösst. Jeder erfolgreiche Kampf, auch wenn er noch so reformistische Ziele hat, bringt das Kapital stärker in die Bredouille. Indem die Arbeiterinnen und Arbeiter konsequent ihre eigene Situation verbessern oder verteidigen, schränken sie die Möglichkeiten den Mehrwert zu steigern ein und treffen den Kapitalismus an seiner empfindlichsten Stelle. Ein solch kämpferisches Verhalten ist nur durch einen „ArbeiterInnenklassenegoismus“ möglich, durch „die ausschliessliche Bezugnahme auf ihre eigenen direkten Interessen, ohne Rücksicht auf den Stand der kapitalistischen Wirtschaft.“¹ Die bürgerlichen Meinungsmacher und Meinungsmacherinnen sind sich dieser Gefahr sehr wohl bewusst, starre Löh-

ne und widerspenstige Arbeiterinnen und Arbeiter werden beklagt und für Arbeitslosigkeit und Konkurse verantwortlich gemacht.² Wie sich die Krise weiter entwickeln wird, hängt also auch damit zusammen, wie sich die Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse verhält.

Tatsächlich beginnen sich die Klassenauseinandersetzungen wieder zu häufen. Bossnapping, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen und Streiks finden als Kampfmittel auf der ganzen Welt wieder Einzug. Staatschefs sprachen von „revolutionären Risiken“ und Regierungen wurden durch wochenlange Demonstrationen abgesetzt. Die meisten Forderungen dieser Klassenkämpfe bleiben auf den ersten Blick systemimmanent: es wird der Erhalt von Arbeitsplätzen gefordert, gegen die Schliessung von Werken und die Senkung der Löhne gestreikt. Doch eine revolutionäre Bewegung zur Aufhebung des Systems entsteht nicht aus dem Nichts. Sie braucht einen Anlass, an dem sie sich entzünden kann und dieser ist häufig nicht unbedingt revolutionär. Solche Auseinandersetzungen können sich radikalisieren. Schon 1905 liess sich in Russland beobachten, wie aus kleinen Protesten gegen die Entlassung von Genossen eine Dynamik entstand, die Massenstreiks und die Bildung von Arbeiterräten zur Folge hatte.³ Dabei appellierten diese Arbeiterinnen und Arbeiter erst noch völlig reformistisch mit einer Petition an den Zaren. Die Demonstration, welche die Petition überbringen sollte, wurde von einem Pater angeführt und die Teilnehmer trugen Heiligenbilder vor sich her. Als Soldaten aber in die friedliche Menge schossen, schlug die Stimmung um und mündete in den revolutionären Unruhen von 1905.⁴ Die Dynamik des Kampfes kann bisherige ideologische Überzeugungen ins Wanken bringen und, wenn sich dabei eine kollektive Perspektive für die kämpfenden Sub-

rettung, <http://www.welt.de/wirtschaft/article4084630/Streit-um-Urlaubsgeld-gefahrdet-Opel-Rettung.html>) und die NZZ machte direkt die starren, hohen Löhne für Arbeitsplatzabbau in der Krise verantwortlich (Geld oder Stelle!, http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/geld_oder_stelle_1.2948454.html)

³ Rosa Luxemburg schreibt dazu in ihrem Aufsatz Massenstreik, Partei und Gewerkschaft: „Der Konflikt der zwei gemassregelten Putilow-Arbeiter hat sich binnen einer Woche in den Prolog der gewaltigsten Revolution der Neuzeit verwandelt.“ Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Dies., Schriften zur Theorie der Spontaneität, Hamburg 1970, 104

⁴ Internationale Kommunistische Strömungen (IKS), Vor 100 Jahre: Die Revolution von 1905 in Russland (Teil I), http://de.internationalism.org/revue35/2005_rr_1

jekte auftritt, auch über die Verhältnisse hinaus weisen. „Was den ohnmächtigen Vereinzelt abwegig scheint, wird denkbar, sobald die kollektive Aktion den Schein zerstört, die Verhältnisse seien unverrückbar; mitunter verwandeln sich dann Duckmäuser in Rebellen, und Leute, die nie eine Zeile Marx gelesen haben, werden auf einmal die besten KommunistInnen.“⁵

Delegieren die Arbeiterinnen und Arbeiter allerdings die Führung des Kampfes an ihre Gewerkschaft oder ordnen ihre Interessen als Arbeitende den Interessen von Nation und Kapital unter, verlieren die Kämpfe jede emanzipatorische Perspektive und verlaufen wieder in den geregelten Bahnen der Sozialpartnerschaft. Als exemplarisches Beispiel dafür kann der Arbeitskampf bei Visteon in Grossbritannien genannt werden. Anfangs April 2009 besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter in Belfast, Basildon und Enfield ihre Fabriken, nachdem sie von der Schliessung erfahren hatten. Der spontane Kampf sorgte für einigen medialen Rummel und setzte Visteon gehörig unter Druck. Erst als die Gewerkschaft Verhandlungen zu führen begann und die ArbeiterInnen damit die Führung ihres Kampfes aus der Hand gaben, mussten sie die Besetzungen schliesslich beenden.⁶ Auch für die Durchsetzung einer autoritären Krisenlösung ist eine Führung der Arbeiterinnen und Arbeiterklasse durch die Gewerkschaft von Vorteil. Ein entscheidender Moment zur Durchsetzung des Faschismus in Italien war der Abbruch des Generalstreiks im August 1922 durch die Gewerkschaftsführung nach wenigen Tagen. „Nicht der ‚Marsch auf Rom‘ Ende Oktober 1922, sondern der Ausgang des nationalen Generalstreiks ist für den Sieg der Faschisten entscheidend.“⁷ Durch die Beendigung des Streikes gaben die Arbeiterinnen

⁵ Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft, 28 Thesen zur Klassengesellschaft, in: Dies. (Hrsg), Kosmoprolet 1, Berlin, 49 f

⁶ Die entscheidende Betriebsversammlung in Enfield wurde in einem Video dokumentiert und zeigt, wie der Gewerkschaftsfunktionär die Arbeiter und Arbeiterinnen richtiggehend dazu überreden muss, die Besetzung zu beenden (<http://libcom.org/news/video-visteon-workers-eviction-enfield-14042009>). Eine Dokumentation und Einschätzung der Besetzungen bei Visteon findet sich in der Wildcat: Ein postfordistischer Streik, in: Wildcat # 84, http://www.wildcat-www.de/wildcat/84/w84_visteon.htm

⁷ Christian Riechers, Der italienische Generalstreik gegen die Faschisten, August 1922, in: Ders., Die Niederlage in der Niederlage. Texte zu Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus, Münster 2009, 348

und Arbeiter ihre mächtigste Waffe aus den Händen und die Faschisten konnten nach und nach die Macht übernehmen. Dabei wurde der Klassenkampf auf ganz demokratischem Weg, per Beschluss der Gewerkschaftsleitung beendet. Die Faschisten traten erst danach auf den Plan um ihre Ordnung durchzusetzen. „Die faschistische Repression wird nach einer proletarischen Niederlage entfesselt, deren hauptsächlichlicher Urheber die Demokratie und ihre Schaltstellen sind: Parteien und Gewerkschaften; denn nur sie können die Arbeiter mit einer gleichzeitig direkten und indirekten Methode bezwingen.“⁸ Im Umkehrschluss heisst das: Klassenkampf, von den ArbeiterInnen und Arbeitern selber geführt, ist die beste Versicherung gegen autoritäre Krisenlösungen.

Der Streik von Bellinzona: ein wegweisendes Beispiel

Ein idealer Arbeitskampf verschiebt also das Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen zugunsten der ArbeiterInnen. Dies wird durch einen kompromisslosen ArbeiterInnenklassenegoismus erreicht, der sich weder nationalen noch volkswirtschaftlichen Interessen unterordnet. Jegliche Stellvertretung durch Gewerkschaften oder Parteien wird abgelehnt, die ArbeiterInnen behalten die Zügel in der Hand. Genau dies ist im Frühjahr 2008 in der italienischsprachigen Schweiz in Bellinzona passiert. Am 7. März 2008 strahlte das Schweizer Fernsehen ungewohnte Bilder aus: Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) wollten im Industriewerk Bellinzona, das zur defizitären SBB Cargo gehört, Stellen streichen und Arbeitsplätze an andere Orte verlegen. Als der CEO von SBB Cargo vor der Betriebsversammlung diese Massnahmen verkündete wurde er von den ArbeiterInnen niedergebüllt und musste die Versammlung fluchtartig verlassen. Unmittelbar danach trat die Belegschaft in den Streik und besetzte ihren Betrieb, die Officine. Diese wurde im folgenden Monat zum Schauplatz täglicher Arbeiterversammlungen, in der alle Beschlüsse gefasst wurden. Die ArbeiterInnen der Officine praktizierten, was ein Unterstützer des Streiks in seinem Text einen neuen Syndikalismus nannte: „Der neue Syndikalismus schlägt daher eine

Gewerkschaftspolitik vor, die sich einzig an den Interessen der ArbeiterInnen und Arbeiter orientiert. Diese sind unversöhnlich mit jenen, die Gewinne für die AktionärInnen anhäufen. Eine solche Gewerkschaftspolitik muss auf den Forderungen aufbauen, die von den ArbeiterInnen in Betriebsversammlungen gestellt werden. Versammlungen, die allen ArbeiterInnen und Arbeitern offen stehen, unabhängig davon, ob sie Mitglied der Gewerkschaft sind oder nicht.“⁹ Die Streikenden setzten stur ihre Haltung durch und stiegen auf keine der diversen Angebote der SBB ein, welche unter ihrer Forderung nach garantierter Erhaltung sämtlicher Arbeitsplätze blieben. Ihr Kampf hatte eine gewaltige Welle der Solidarität im Tessin und in der ganzen Schweiz zur Folge. Es gab Demonstrationen in Bel-



linzona und in Bern mit mehreren tausend TeilnehmerInnen. In die Streikkasse wurden fast eine Million Franken gespendet, was dem Kampf finanzielle Unabhängigkeit bescherte. Allen Angriffen der SBB und der bürgerlichen Medien wurde standgehalten und die Führung des Streiks konsequent in der Hand des Streikkomitees und der Betriebsversammlung behalten.¹⁰ Erst als

¹⁰ Von Seiten der SBB gab es Drohungen, die täglichen Kosten des Streiks auf die ArbeiterInnen abzuwälzen. Als dies nichts bewirkte, wurde versucht durch eine „Sistierung“ der Rationalisierungsmassnahmen ein Ende des Streiks zu erwirken. Politiker und bürgerliche Medien beschuldigten die Streikenden, dem Standort Schweiz zu schaden und ein Zerfall der in der Schweiz so gepflegten „Kultur des Konsenses“ wurde beklagt. Diese mediale „Schlacht“ um den Streik und die Versuche der SBB, dem Geschehen wieder Herr zu werden, sind auf der Seite von Zug um Zug voran, der Basisgruppe Bahn dokumentiert: <http://zugumzugvoran.blogspot.de/klassenkampf/streik-in-bellinzona/>

eine schriftliche Zusicherung zum Erhalt der Arbeitsplätze vorlag, beendeten die ArbeiterInnen den Streik nach einem Monat.

Bei diesem Erfolg blieben die ArbeiterInnen der Officine aber nicht stehen. Der ermutigenden Wirkung ihres Streiks auf andere ArbeiterInnen sehr bewusst, arbeiten sie an einer Ausweitung der Bewegung auf die ganze SBB und letzten Endes auch über diesen Betrieb hinaus. Unterstützt werden sie dabei vom Netzwerk für eine kämpferische Bewegung der ArbeiterInnen. Dieses Netzwerk bildete sich rund um den Streik und besteht aus Einzelpersonen und Gruppen aus der Linken. Es verfolgt das Ziel, die vorhandenen Kräfte zu bündeln, Informationen auszutauschen und in zukünftigen Arbeitskämpfen intervenieren zu können. Solche Entwicklungen werden von den etablierten Gewerkschaften mit Argwohn betrachtet, denn dieser Kontrollverlust über soziale Bewegungen stellt das Monopol der Gewerkschaften als Interessenvertreter des variablen Kapitals in Frage. So verwundert es auch nicht, dass einige Mitglieder des Streikkomitees in ihren regionalen Gewerkschaftsvorständen nicht mehr gewählt wurden. Dabei handelte es sich um eine politische Kampagne, die Gewerkschaft UNIA verteilte eine Wahlempfehlung und die Delegierten hielten sich zum grossen Teil daran.¹¹ Hier zeigen sich klare Ansätze einer „sozialen Selbstbefreiung der Ausgebeuteten“ (Karl Heinz Roth), die sich jeglicher Einspannung durch bürgerliche Institutionen entzieht.

Für die Krise des Kapitals gibt es nur zwei mögliche Lösungen: Eine autoritäre oder eine revolutionäre. Das einzige Mittel gegen eine autoritäre Lösung dieser Krise ist der Klassenkampf. Wer sich die Überwindung des Kapitalismus auf die Fahne geschrieben hat, der sollte jetzt sein Dasein als „Maulwurf“ (Marx) beenden und an die Oberfläche kriechen. Es ist an der Zeit, sich den wirklichen Kämpfen zu zuwenden, diese Regungen der Selbstbefreiung zu unterstützen, bei ihrer Ausweitung helfen und theoretisch zu reflektieren. Denn wie es Engels und Marx schon 1879 wussten, kann die Befreiung der ArbeiterInnen vom Kapitalismus nur ihr eigenes Werk sein.¹²

¹¹ Carlos Hanimann, Die Stimmung kippt, in: Die Wochenzeitung (WOZ) Nr. 28 vom 9. Juli 2009, 2

¹² „Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ - Karl Marx und Friedrich Engels: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a., MEW 19, 165

⁸ Gilles Dauvé, 1917-1937: Wenn die Aufstände sterben, in: Wildcat-Zirkular Nr. 50/51, Mai/Juni 1999, <http://www.wildcat-www.de/zirkular/50/z50dauve.htm>

⁹ Diskussionsbeitrag eines Unterstützers des Streikkomitees der SBB-Werkstätten von Bellinzona, Neuer Syndikalismus – was ist das?, http://www.labournet.de/internationales/ch/syndikalismus_neu.pdf

He, halo Stift!

Die Lehrlingskampagne beginnt

Lehrlinge sind wertvoll. Dieser Meinung sind alle, selbst die Politik und Unternehmen. Eine heile Welt? Weit gefehlt! Unternehmen sehen in den Lehrlingen billige Arbeitskräfte und die Politik höchstens eine potentielle Wählerschaft. Nur aus diesen Gründen sind ihnen die Lehrlinge wichtig. So erstaunt es nicht, dass die Rechte der Lehrlinge auf sehr niedrigem Niveau verharren.

Eine im 2007/2008 durchgeführte Umfrage der Unia Jugend mit 1'800 Lehrlingen hat ergeben, dass 55% mit ihrem Lohn unzufrieden sind. Neben finanziellen Fragen gibt es aber noch viele andere Probleme: Warum müssen Lehrlinge Arbeiten ausführen, die nicht Teil ihres zu erlernenden Berufes sind? Weshalb haben sie in Betrieben nichts zu sagen? Wie sollen sie mit dem zunehmenden Leistungsdruck umgehen? Weshalb kriegen sie für dieselbe Arbeit nicht denselben Lohn wie die anderen ArbeiterInnen? Was geschieht mit ihnen nach der Lehre? Für Lehrlinge essentielle Fragen, für die Politik kaum nennenswert und für Unternehmen höchstens potentielle Unruheherde.

Lehrlinge befinden sich für eine Organisation in einer denkbar ungünstigen Lage: Im Betrieb können sie sich kaum Gehör verschaffen, sie gehören in der Betriebshierarchie zur untersten Schicht und sind dazu noch jung und unerfahren. Wer will die schon anhören oder gar mitbestimmen lassen? Hinzu kommt, dass Lehrlinge meist räumlich voneinander getrennt sind, was eine Organisation erschwert. Sie kommen nur in der Berufsschule zusammen und können sich bei betriebsinternen Problemen gegenseitig höchstens beratend zur Seite stehen. Hat ein Betrieb mehr als einen Lehrling, so hemmen die betriebsinternen Lehrlingshierarchien (Oberstift und Unterstift) eine Lehrlingsolidarität. Immer herumkommandiert und diese Machtstrukturen internalisiert, lernen auch die Lehrlinge schnell, ihre untergebenen, neueren Lehrlinge herumzubefehlen. All dies führt dazu, dass das vorherrschende System in den Köpfen der Lehrlinge zementiert wird.

Die Lehrlinge sind mit ihren Problemen auf sich allein gestellt. Die Vorgesetzten werden ihnen nicht helfen, ausser es handelt sich um derart schwerwiegende Fehler, dass den Unternehmen staatliche Sanktionen drohen. Die PolitikerInnen werden sich dieser Probleme auch nicht annehmen, da sie daraus kein Kapital schlagen können und sozialpartner-

schaftliche Gewerkschaften beschränken sich grösstenteils auf Lohnforderungen. Im Grossen und Ganzen bekommen die Lehrlinge zu spüren, dass sie sich anzupassen haben, wenn sie die Lehre erfolgreich bestehen wollen.

Wie bereits erwähnt, ist diese Ausgangs-

Eine solche Mobilisierung der Lehrlinge ist zwar eher unwahrscheinlich und birgt obengenannte, organisatorische Schwierigkeiten, würde aber eine enorme Chance bedeuten. Denn die Lehrlinge von heute sind die ArbeiterInnen morgen...

Lehrling gesucht.
Für das Comptoir und Lager meiner Cigarrenfabrik suche zum sofortigen Eintritt einen Lehrling mit guter Schulbildung. Kost und Logis im Hause. Samstags u. Feiertage geschlossen.
**Leopold Blum, Cigarrenfabrik,
Hochhausen a. Neckar. (5840)**

Inserat aus einer deutschen Zeitung vom Anfang des 20. Jh

lage für eine Organisation der Lehrlinge denkbar schlecht. Dennoch kann etwas getan werden: Lehrlinge können mit Fragen konfrontiert werden. Sie können ihre Position innerhalb des Betriebes und in der Gesellschaft kritisch hinterfragen. Vielleicht kommt die eine oder der andere mit der Zeit zum Schluss, dass Solidarität doch sinnvoller ist als Konkurrenz, dass man gemeinsam gegen das individuelle Hamsterrad vorgehen kann. Und wer weiss, vielleicht fangen einzelne an das herrschende System gänzlich zu hinterfragen und kommen zum Schluss, dass es keiner Reformen, sondern einer radikalen Veränderung bedarf. Und wer weiss, vielleicht entsteht aus den Diskussionen sogar eine Mobilisierung.

Lehrlingskampagne

Die FAU Bern startet mit dieser „di schwarzi chatz“ eine Kampagne zur Sensibilisierung der Lehrlinge. Lehrlinge sollen ihre Stellung innerhalb des Betriebes kritisch hinterfragen und sich mit möglichen Alternativen auseinandersetzen. Anhand zurückgesandter Fragebogen wurde ein Flyer entworfen, der Lehrlinge mit solchen Fragen konfrontieren soll. Diese werden vor und nach den Sommerferien an diversen Berufsschulen verteilt. Auf der FAU Bern Homepage findest du weitere Informationen (Aktuelles, Lehrlingsflyer, Umfragebogen, etc.) zur Lehrlingskampagne.

**Die ganze Lage
schwarz auf rot**

[Zeitung gegen üble Verhältnisse]

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

Abos: zeitung@faubern.ch

www.direkteaktion.org



Billig und Belastbar

Ein Erfahrungsbericht aus dem Sozialwesen

Für meine Ausbildung im sozialen Bereich war ich mehrmals Praktikantin. Zweimal ziemlich lang am selben Arbeitsort (je ein Jahr). Die beiden längeren Praktika waren an verschiedenen Arbeitsorten, in verschiedenen Kantonen und in verschiedenen Sprachen, aber eigentlich war es sehr ähnlich. Ja, es war sehr interessant, ich habe viel nützliches für meinen Beruf gelernt und hatte fast immer einen sehr guten Kontakt zu den BesucherInnen der Institution. Das war die gute Seite.

Weniger lustig war, dass – obwohl offiziell nicht vollständig Ausgebildete nicht zum Team gezählt werden – ich inoffiziell sehr wohl als Arbeitskraft angesehen wurde und galt. Aber irgendwie als Arbeitskraft mit weniger Wert. Ich musste zum Beispiel die ganze Zeit, wenn jemand etwas fragte, nacher noch diplomierte Leute fragen um sicher zu sein. Bezahlt war ich auch ziemlich schlecht. Es gibt keine Regeln aber ich habe je nach Praktikum von Löhnen von 700.- bis 1300.- gehört. Ich selber bekam ca. 1100.- bezahlt. Wenig ist dies, weil ich wie andere auch 42 Std/Woche tätig war und eigentlich auch voll als Arbeitskraft zählte.

Dazu habe ich ein gutes Beispiel. Nach einer üblen Geschichte wurde die Lehrerin, in deren Sonderklasse ich arbeitete, plötzlich krank (eigentlich wegen Mobbing aber das erzähle ich später). Eine Sonderklasse ist eine Klasse, die spezialisiert ist auf die Ausbildung von Menschen mit Lernschwierigkeiten (z.B. geistige Behinderung). Unsere hatte 5 Schüler und weil das intellektuelle Niveau unserer Schüler sehr unterschiedlich war, hatten wir viel Einzelunterricht. Wir waren zwei Praktikantinnen und eine Heilpädagogin. Das bedeutet also, dass eine genaue und gute Organisation nötig war.

Die Lehrerin war krank – aber niemand von der Abteilung konnte uns sagen warum und für wie lange. Die Abteilungsleiterin kam einfach eines Morgens und sagte: „Frau X ist krank. Ich habe es zu spät erfahren, um eine Aushilfe zu bestellen. Ist das ok für euch?“ Und dann kamen noch tausende „Tut mir leid“, „Ihr seid super“, „fragt, wenn es nicht geht“ und ähnliche Sätze. Vielleicht denkst du, wir hätten einfach nein sagen können? Aber nein sagen ist viel, da du als Praktikantin unsicher bist. Du willst alles gut machen, damit die Leute dich anerkennen und du willst stolz sein auf das, was du gemacht hast.

So haben wir „OK“ gesagt, „kein Problem.“ Der Tag war stressig, denn wir mussten in 15 Min. an diesem Morgen das ganze Programm umstellen, so dass die Arbeit, die wir gewöhnlich zu dritt machten, zu zweit möglich war. Die Jugendlichen waren auch gestresst durch diese Neuigkeit. Am nächsten Tag war es wieder so, und dann die ganze Woche. Dann kam plötzlich eine Aushilfe, Frau B. Das war gut, weil es uns ein bisschen entlastete. Leider war diese Frau B. zwar diplomiert, aber sie kannte unsere Klasse nicht und hatte Mühe, mit Jugendlichen, die eine geis-



tige Behinderung haben, zu arbeiten. So mussten wir, die Praktikantinnen, sie zuerst einarbeiten und das Tagesprogramm machten auch gleich immer wir.

Spardruck und Mobbing

Wir fingen uns an zu fragen ob das normal ist. Ob es so richtig war, so zu arbeiten, mit der grossem Verantwortung und diesem geringen Lohn. Frau X kam dann kurz wieder, aber es ging nicht sehr lange bis sie wieder zu Hause bleiben musste. Dann hatten wir genug vom Stress und von einer nicht-richtigen Ausbildung.

Frau B., die wieder in unsere Klasse kam, war super. Sie riskierte als Aushilfe fast nichts und ging als erste zu der Abteilungsleiterin. Sie sagte, dass sie das Benehmen der Institution uns gegenüber nicht OK fand. Als wir zwei

selber gingen, war plötzlich schon alles geregelt und wir bekamen ein bisschen mehr Lohn. So hatten wir wenigstens das Geld „zurück“ bekommen, aber psychisch war es nicht besser. Uns wurde immer nur gesagt „Frau X ist krank“. Aber wer kann nur an so etwas über Wochen glauben. Sogar unsere SchülerInnen fragten die ganze Zeit, was los war. Zum Glück hatten wir, trotz Verbot, Kontakt mit Frau X. Sie erklärte uns alles: Nach einem unbezahlten Urlaub von einem Jahr war sie in unsere Klasse gekommen. Kurz danach, etwa 1-2 Monate später, fingen die Gespräche mit der Leitung an. Sie wollten ihre Kündigung. Als sie nach den Gründen fragte, wurde ihr geantwortet, dass sie mit 55 „zu alt“ sei, sie sei „nicht mehr motiviert“ (dies fand die Vizedirektorin, die wir eigentlich nie in unsere Klasse sahen!) und noch weitere solche Beleidigungen bekam sie zu hören. Frau X. vermutete eine persönliche Geschichte gegen sie.

Von unsere Seite war das alles TOTAL falsch, aber uns fragte ja niemand... Ich habe noch nie soviel gelehrt, wie mit ihr. Sie war super zu uns und „Spezialistin“ in einer Methode, die mich sehr interessierte. Zudem hatte sie auch sehr guten, menschlichen Kontakt mit den SchülerInnen. Wirklich: Wir konnten und ich kann es mir bis heute nicht vorstellen, aus welchen Gründen – ausser persönlichen – sie kündigen sollte. Vielleicht kostete sie für den Betrieb zu viel und sie wollten lieber einE jungE neuE ausgebildete LehrerIn (von denen es in diesem Betrieb immer viele hatte...) einstellen. Ich habe das Gefühl, dass heute (auch) im Sozialen nur noch ein sparendes Management namens „New Management“ gefragt ist und nicht mehr eine gute Begleitung und Ausbildung von Menschen, die mehr Hilfe brauchen als andere.

Wie kann man sich wehren ?

Zu dieser Zeit war ich wirklich hasserfüllt. Ich sah den Scheiss passieren und konnte nichts machen. Wir hatten zum temporären Verbot, Kontakt mit der Lehrerin zu haben, auch eine spezielle Klausel, die uns verbot vom Betrieb und den SchülerInnen zu sprechen. Dazu ist die Stelle einer Praktikantin quasi nicht gesichert und es hat genug andere, die ein Praktikum für eine Schule brauchen und bereit sind, 6-12 Monate für diesen

(weiter auf Seite 10)

lächerlichen Lohn den Mund zu halten. Dazu kommt auch, dass die Arbeit an sich eigentlich interessant und für die Ausbildung eine super Erfahrung ist. Na ja, dies war nur eine Erfahrung, aber ich bin sicher, dass das kein Einzelfall war. Das, was ich mich frage ist: Wie können wir uns wehren? Bei PraktikantInnen ist es ja schwierig, weil die Leute im Gegensatz zu Lehrlingen, die sich in der Berufsschule treffen können, keinen Kontakt untereinander haben. Dazu kommt ja, dass es normalerweise nicht so viel PraktikantInnen im selben Betrieb hat. Also, was tun?? Manchmal haben wir gedacht, dass wir die Medien informieren könnten. Aber welche Medien würden so etwas anhören und bringen? Was wäre mit der Schweigepflicht?

Frau X. hat Glück gehabt: Mit 55 fand sie eine neue Stelle in einer anderen Schule! Es kann also nicht sein dass sie nicht mehr motiviert ist.

So konnte Frau X. mit einem Lächeln ihre Kündigung der Leitung geben. Klar ist jetzt nicht alles in Ordnung, aber sie konnte wenigstens erhobenen Hauptes gehen.

Praktika

Praktika wurden ursprünglich eingeführt, damit Lernende von (Fach-) Hochschulen praktische Erfahrung sammeln können. In den letzten zwanzig Jahren entstand daraus aber die sogenannte „Generation Praktika“, das sind Lernende und Ausgebildete, die Praktikum nach Praktikum machen (müssen) und ihrem Praktikum nichts lernen oder die Arbeit von Ausgebildeten erledigen und so als billige Arbeitskräfte benützt werden. Der Haupttext beschreibt den Fall einer Person in Ausbildung, die als vollwertig ausgebildete Arbeitskraft eingesetzt wurde. Es trifft aber ebenso Ausgelernte, die Praktika machen müssen, da sie niemand einstellt, weil sie zu wenig Arbeitserfahrung haben. Das Problem ist, dass sich PraktikantInnen oft nicht wehren können, da sie in einem Betrieb zu wenige PraktikantInnen sind und ihre Position für den Betrieb oftmals zu wenig wichtig ist. Nimm doch mit uns Kontakt auf, wenn du in einer solchen oder ähnlichen Situation bist oder warst.

Wieso Betriebsbesetzung?



Die Officine sind ein Beispiel eines erfolgreichen Kampfes mit Betriebsbesetzung.

Die Kundgebung vom Samstag, 17. April hat gezeigt, dass die Beschäftigten der Karton Deisswil bereit sind, gegen die Schliessung ihrer Fabrik zu kämpfen, und dass es solidarische Menschen gibt, die sie unterstützen. Diesem ersten Schritt müssen rasch weitere Folgen, damit ein machtvoller Widerstand aufgebaut und die Schliessung verhindert werden kann. Ein weiterer Schritt könnte die Besetzung der Fabrik durch die Beschäftigten sein. Es gibt gute Gründe dafür.

1. Die Beschäftigten bleiben zusammen und können sich gegenseitig stärken.

Das ist besser, als zu Hause zu sitzen und vielleicht sogar depressiv zu werden. Ein von den Beschäftigten besetzter Betrieb stärkt die Belegschaft im Kampf gegen die Schliessung: Wenn einer niedergeschlagen ist, wird er von den andern getröstet, wenn er verzweifelt ist, machen ihm die andern Mut. Ein besetzter Betrieb ist für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung: Es gibt eine grosse Zahl von Personen, die täglich gepflegt werden müssen, der Betrieb muss rund um die Uhr bewacht werden. Jede und jeder ist nützlich und kann seine Fähigkeiten und Kenntnisse zum Wohle aller einsetzen. Niemand fühlt sich überflüssig und allein. So entsteht auf der Grundlage der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe eine Gemeinschaft, die unbesiegbar ist.

2. Ein von den Beschäftigten besetzter Betrieb wird zu einem sozialen Zentrum, einem Ort der Begegnung und der Solidarität für die ganze Bevölkerung.

Ein besetzter Betrieb steht allen solidarischen Menschen offen. Beschäftigte anderer Betriebe, Menschen von nah und fern kommen vorbei und bezeugen ihre Soli-

darität. In den besetzten SBB-Werkstätten von Bellinzona beispielsweise wurden ganz verschiedene Anlässe organisiert: Konzerte, Theater, Aktivitäten für die Kinder, geführte Rundgänge, um den Leuten die Tätigkeit des Betriebes näher zu bringen. Die Beschäftigten gingen in die Schulen, um ihren Kampf zu erklären. Zudem wurden Arbeitsgruppen gebildet und die Gemeinden angefragt, ob sie Leute brauchen können, um Wege zu säubern oder für ähnliche Tätigkeiten. Ein besetzter Betrieb, der von der Solidarität der Bevölkerung getragen ist, wird zu einem Faktor, der von den Mächtigen ernst genommen werden muss.

3. Ein von den Beschäftigten besetzter Betrieb setzt die Gegenseite wirksam unter Druck.

Eine Verhandlungsdelegation, die mit leeren Händen an den Tisch sitzt, wird zum blossen Bittsteller. Verhandlungen, die vor dem Hintergrund eines besetzten Betriebes geführt werden, schaffen eine völlig neue Ausgangslage. Die Gegenseite weiss, dass sie einer Verhandlungsdelegation gegenüber sitzt, die eine geeinte Belegschaft im Rücken hat. Ganz unabhängig davon, in welche Richtung die Verhandlungen gehen, stärkt ein besetzter Betrieb die Verhandlungsmacht der Beschäftigten.

Der Kampf gegen die Schliessung ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Jeder Tag, der nutzlos verstreicht, ist für die Beschäftigten ein verlorener Tag. Es ist darum wichtig, dass die genannten Gründe für eine Betriebsbesetzung ab sofort breit diskutiert werden, damit die Beschäftigten demnächst entscheiden können, ob und unter welchen Voraussetzungen sie allenfalls den Weg einer Betriebsbesetzung beschreiten wollen, um ihre Fabrik zu verteidigen.

68 angekommen

Achtundsechzig im Bürgertum angekommen
Und deswegen erzählen sie benommen
Den Achtundsech-Ziger in den Augen
Dass nur die alten Tage etwas taugen

Die ganze Generation erzählt von Revolten
Doch wem haben die Revolten gegolten
Hätten alle die jetzt schwafeln gehandelt
Hätte sich die Welt gewandelt

Es bleibt die Erinnerung an die Jugend
Und Schwärmen wird zur Tugend
Die Revoluzzer werden alt und grau
Und wählen jetzt Bürgerblau

von: Niedzwiedz

Rostige Lebensader

Die Sonne scheint fröhlich
Eine trostlose Szene erhellend
Eine Geschichte beleuchtend
Die niemand mehr kennen will

Der Geruch von Holz und Teer
Von Schotter und Rost
Spuren der Vergangenheit
Dem Verfall preisgegeben

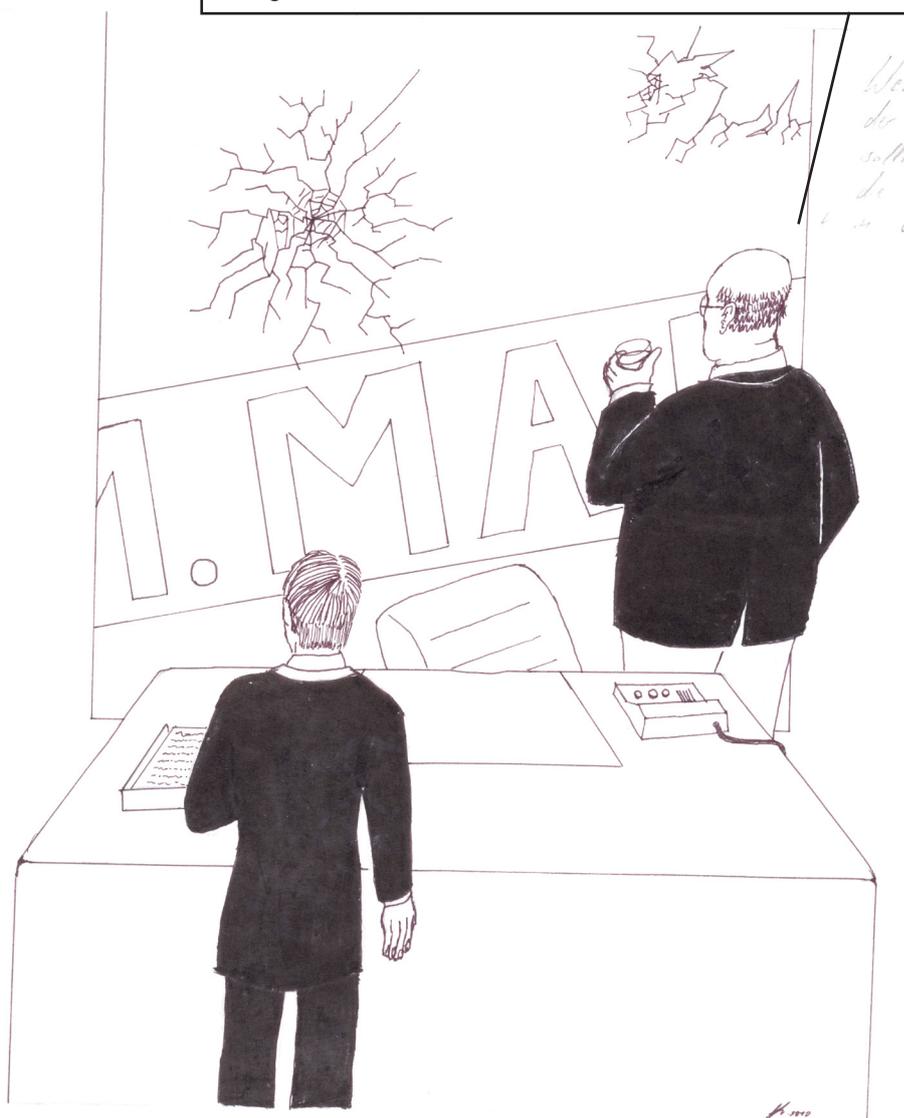
Ein laue Brise zieht auf
Trägt den Geruch weiter
Über die rostigen Schienen
Und wucherndes Gestrüpp

Zu einem alten Mann am Rand
Des ungenutzten Schienenstrangs
Er erinnert sich an früher
An die dampfenden Maschinchen

Er merkt, die einstige Lebensader
Ist nur noch Ballast des Vergangenen
Das langsame Miteinander
Wich dem schnelleren Gegeneinander

von: Niedzwiedz

Wenn man unsere Entlassungsquote der letzten paar Jahre beachtet, sollte man eigentlich annehmen, die Arbeiterklasse sei inzwischen in der Unterzahl.



Der erste Mai

Sinnleere

Gähnende Leere
In den Köpfen der meisten Menschen hier
In den Taschen der meisten Menschen
Immerzu Leere

In den Reden der meisten Politiker
In den meisten Versprechen
Sinnleere
Überall

von: Niedzwiedz

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch)

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf schon bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

